

Arbeitszeitkonto: Die Ausgleichsphase beginnt zum 1. August 2008

## Voller Erfolg – Wir haben unsere Rechte erhalten!

Aber: Regierung sät neues Misstrauen an ihrer Zuverlässigkeit



Foto: Joachim Tiemer

Die spontane Protestwelle aus allen Kollegien und die erfolgreiche Großkundgebung am 8. Mai haben die CDU/FDP-Landesregierung zum Nachgeben gezwungen.

VON EBERHARD BRANDT

**W**irklich ein Grund zu großer Freude: So einen Erfolg haben die niedersächsischen Lehrerinnen und Lehrer schon lange nicht mehr errungen. Nach der spontanen Protestwelle aus allen Kollegien, der großen von Gewerkschaft und den Lehrerverbänden getragenen Demonstration am 8. Mai gab die Landesregierung nach. Wir haben uns mit unserem unmittelbaren Anliegen durchgesetzt. Wir haben darüber hinaus der Landesregierung eine Lektion erteilt: Wir lassen keine weitere Belastung, keine Verschlechterung unserer Arbeitsbedingungen und unseres Einkommens mehr zu. Wir sind aktionsfähig. Wir bleiben am Ball und setzen

nach: für eine ehrliche Bilanz des Stellenbedarfs, für mehr Stellen, für die Entlastung von SchülerInnen und LehrerInnen, für ein Programm „Auf den Nachwuchs kommt es an!“. Und im nächsten Jahr wollen wir eine effektive Erhöhung unserer Tarifentgelte und der Bezüge durchsetzen.

### Enormer Beratungsbedarf

Zum materiellen Ergebnis: Die individuelle Ausgleichsphase des Lehrerarbeitszeitkontos beginnt ab dem 01.08.2008, allerdings mit einem „Ausnahmeantrag“ auf dem Dienstweg. Um mit der Ausgleichsphase in diesem Jahr beginnen zu können, haben inzwischen tausende Lehrerinnen und Lehrer ihre Anträge bei der Schulleitung abgegeben. Wer schon vorher auf dem Dienstweg einen formlosen Antrag gestellt hatte, brauchte nichts mehr zu unternehmen. Ein individueller Bescheid der Landeschulbehörde soll unmittelbar nach Rechtskraft der neuen Arbeitszeitverordnung erteilt werden. Das Antragsverfahren ist einfach. Dienstliche Erfordernisse können einer Genehmigung nicht entgegenstehen. Die Antragsformulare für die späteren Termine der Ausgleichsphase werden vom MK vor den Sommerferien verschickt.

Die Arbeitszeitverordnung enthält eindeutige Festlegungen. Die Rückzahlung wurde für die Landesregierung durch die „Verzinsung“ bei Verschieben des Ausgleichsbeginns auf 2012 sogar teurer als nach altem Recht. Der Gesamtwert der Ausgleichsstunden beträgt zwischen 825 Mio. Euro und 1 Mrd. Euro. Das ist ein voller Erfolg.

Das Antragsverfahren verursachte bei den Antragstellern, den Schulleitungen, der Schulbehörde und dem NLBV viel zu zusätzliche Arbeit – ausgerechnet am Ende des Schuljahres. Das ist der Preis dafür, dass die Kultusministerin auch einen Erfolg vorweisen kann: Die reguläre Ausgleichsphase wurde auf das Jahr 2012 verschoben.

### GEW fordert vertragliche Absicherungen

Die Antragsteller mussten Vieles bedenken und benötigten Beratung. Nach den uns vorliegenden Rückmeldungen hat die GEW auch diese Aufgabe bewältigt. Auf der Homepage [www.gew-nds.de](http://www.gew-nds.de) hat unser Rechtsschutz zeitnah alle wichtigen Informationen gegeben und mehrfach aktualisiert – auch in der Form „Häufig gestellte Fragen“ (FAQ). In den Sprechstunden der GEW-Fraktionen der Bezirkspersonal-

***Dies ist die letzte EuW-Ausgabe vor den Ferien.***

*Vorstand und Redaktion wünschen deshalb bereits jetzt allen Mitgliedern der Organisation und allen Leserinnen und Lesern unserer Zeitung erholsame Ferien und einen erfolgreichen Start in das Schuljahr 2008/2009.*

*Die nächste EuW erscheint nach der Sommerpause im September.*

räte und der GEW-Landesgeschäftsstelle wurden unzählige Einzelfragen beantwortet.

Die GEW hat im Zusammenhang mit der Demonstration hervorgehoben, dass weiterer Handlungsbedarf besteht, um unsere Rechte zu sichern und um weitere Belastungen abzuwehren. Die Landesregierung macht bislang keine Anstalten, ihre Hausaufgaben zu erledigen und die notwendigen Finanzen für die in den nächsten fünf Jahren erforderlichen Lehrstellen zur Verfügung zu stellen. Nicht einmal Ansätze für das dringend notwendige Nachwuchsprogramm sind erkennbar.

In den Kollegien der niedersächsischen Schulen gibt es nach wie vor ein starkes Misstrauen gegenüber der Landesregierung. Man traut ihr zu, die per Verordnung gegebenen Zusagen wieder zurückzunehmen und an anderen Stellschrauben zu drehen, um die Lehrerinnen und Lehrer mit mehr Arbeit zu belasten. Man traut der Regierung zu, die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit und die Lebensarbeitszeit zu verlängern bzw. unter dem Mantel der Flexibilisierung die Pensionen durch neue Abschlüsse zu kürzen.

### Landesregierung muss ihren Finanzplan revidieren

Die Regierung hat am Montag, den 9. Juni für neues Misstrauen gesorgt. Kaum war die Antragsfrist abgelaufen, da wies das Finanzministerium das NLBV an, das Merkblatt von seiner Homepage zu nehmen, in dem die Bedingungen für die Auszahlung der Mehrarbeit für Teilzeitbeschäftigte dargestellt werden. Es verlautete, im Finanzministerium werde die Auffassung vertreten, auch Teilzeitbeschäftigten würde nur die Mehrarbeitsvergütung anstelle der anteiligen Besoldung ausbezahlt. Ein unglaublicher Vorgang: Unmittelbar nach Abgabe der Anträge verändert eines der beteiligten Ministerium die Bedingungen! Ratlosigkeit herrschte bei der Landeschulbehörde, die sich keinen Reim auf diesen Vorgang machen konnte. Kultusministerin Heister-Neumann erklärte auf meine Anfrage am 11. Juni, ihre Rechtsauffassung habe sich nicht geändert. Die einschlägigen Urteile des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesverwaltungsgerichts müssten beachtet werden. Was ist das für eine Unordnung in einer Landesregierung, wenn zwei Ministerien entgegengesetzte Rechtsauffassungen vertreten? Diese Regierung ist für die öffentlichen Bediensteten offenkundig unzuverlässig und unkalkulierbar. Das Kabinett und der Ministerpräsident müssen unverzüglich klarstellen, dass sie das geltende Recht beachten und dass alle, wirklich alle Bedingungen zur Rückzahlung des Arbeitszeitkontos gelten.

Das Misstrauen wird bestehen bleiben, wenn die Arbeitsbedingungen weiterhin ausschließlich von der Regierung verordnet werden. Beamtinnen und Beamte erwarten heutzutage, dass Rechtsansprüche auch vertraglich abgesichert werden.

Die GEW fordert die Landesregierung auf, mit den Lehrerorganisationen bzw. den Spitzenorganisationen DGB und DBB in Verhandlungen über vertragliche Zusicherungen über folgende Sachverhalte einzutreten:

1. Sicherung der Konditionen des Ausgleichs des Arbeitszeitkontos
2. Ausschluss jeder Arbeitszeitverlängerung
3. Fortsetzung der Altersteilzeit

Außerdem fordert die GEW die Landesregierung auf, umgehend zu erklären, dass die Konditionen für den Eintritt in die Pension mit 63 und 65 Jahren erhalten bleiben. Wulffs Regierung soll dem Beispiel anderer Bundesländer folgen, in denen es keine zusätzlichen Abschlüsse gibt, wenn Beamtinnen und Beamte mit 63 und 65 in Pension gehen. Das Pensionsalter hat für die Lehrerinnen und Lehrer mindestens den gleichen Stellenwert wie die Rückzahlung des Arbeitszeitkontos.

### GEW: Unabhängige Kommission bilden

Für die Angestellten fordert der DGB gleichermaßen, dass die Altersteilzeit weitergeführt wird und dass die Verschlechterungen



der gesetzlichen Bestimmungen für den Renteneintritt zurückgenommen werden.

Die Landesregierung berät zurzeit den Nachtragshaushalt und den Haushalt für 2009. Uns ist nicht bekannt, ob die Kultusministerin im Kabinett die notwendige Zahl zusätzlicher Stellen und die notwendigen Mittel für den finanziellen Ausgleich der Mehrarbeit beantragt und durchgesetzt hat. Bislang gab es zur Finanzierung nur vage Erklärungen von Ministerin Heister-Neumann. Ministerpräsident Wulff und Finanzminister Möllring schweigen auffällig.

Noch gilt der Beschluss der Landesregierung, der in der im Herbst 2007 beschlossenen Mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen ist, ab 2009 jeweils 400 Stellen pro Jahr abzubauen. Die GEW hat während des Wahlkampfes darauf hingewiesen, dass Wulff im Wahlkampf kurz nach diesem Beschluss suggeriert hat, der Stellenbau würde in der gesamten Legislaturperiode ausgesetzt. Jetzt steht die Revision dieser Finanzplanung auf der Tagesordnung.

Die Regierung Wulff muss sich entscheiden, ob sie die für ein gutes öffentliches Bildungswesen erforderlichen Mittel bereitstellen will

oder ob der Staatshaushalt ideologischen Doktrinen geopfert wird. Der Ministerpräsident hat in den letzten Wochen verkündet, die CDU solle sich zum kommenden Bundestagswahlkampf als die Partei der Steuersenkung profilieren. Wulff will ein Verbot der Neuverschuldung in Niedersachsen umsetzen. Er hat angekündigt, sein Bundesland als Paradebeispiel für die Reduzierung des Staatshaushalts zu benutzen. Dieses Ziel hat er nach 100 Tagen Regierungstätigkeit in der Presse bekräftigt. Der „rundblick“ berichtet, jetzt sei von den Versprechungen des Wahlkampfes nicht länger die Rede, jetzt würden die finanzpolitischen Ziele im Vordergrund stehen. Wenn die Regierung tatsächlich so verfahren will, wird sie noch in diesem Jahr breite Proteste aus allen Sektoren des Bildungswesens erleben, an der sich auch seine eigene Wählerklientel beteiligt.

Wie viele Stellen zusätzlich erforderlich sind, muss neu ermittelt werden, denn die Lüge von der 100-prozentigen Unterrichtsversorgung glaubt niemand mehr. Jetzt brauchen wir eine ehrliche Bilanz. Die GEW schlägt zu diesem Zweck die Bildung einer Kommission vor, in der neben dem Ministerium die Vertretungen der Lehrerschaft, der Eltern- und Schülerschaft, Institutionen der Lehramtsausbildung/Hochschulen sowie weitere Fachleute vertreten sind. Diese Kommission soll ermitteln, wie hoch der tatsächliche Bedarf an zusätzlichen Stellen ist. Berücksichtigt werden müssen die Kosten für den Ausgleich des Lehrerarbeitszeitkontos sowie für pädagogische Maßnahmen, die die Regierung eingeführt hat (z.B. Ganztagschulen, sprachliche Frühförderung, individuelle Förderung, Lehrerfortbildung und Unterstützungssystem, höherer Besuch der Sekundarstufe II) und die Verbesserung des derzeit gekürzten Unterrichtsangebots, die Verkleinerung der Klassen und die Entlastung der Lehrkräfte.

Erstellt werden muss eine umfassende Personalplanung, die eine Perspektive für einen größeren Zeitabschnitt bietet. Auch für den in den nächsten zehn Jahren weiter ansteigenden Ersatzbedarf muss Vorsorge getroffen werden.

### Auf den Nachwuchs kommt es an!

Auf dieser Basis muss ein Programm der Nachwuchssicherung entwickelt werden, dass auch über die notwendigen finanziellen Anreize verfügt, die erforderlich sind, um Abiturientinnen und Abiturienten auch für die Mangelächer zu gewinnen. Das Programm „Auf den Nachwuchs kommt es an!“ soll ebenfalls in der Kommission entwickelt werden. Ein Notprogramm zur Nachqualifizierung von arbeitslosen Lehrkräften bzw. von Seiteneinsteigern gehört dazu. In Niedersachsen und in anderen Ländern haben wir die Erfahrung gemacht, dass diese Nachqualifizierung gründlich genug erfolgen muss, um das Scheitern dieser Menschen zu verhindern.

Die Landesregierung trägt die Verantwortung dafür, dass ein Programm zur Nachwuchsgewinnung jetzt teuer wird. Sie hat dieses Thema bislang ausgesessen oder verschlafen. Oder sie dachte, sie könnte die im Dienst befindlichen Lehrkräfte stärker belasten.